
Die Analyse von Ökonomisierungsprozessen

Ein Überblick am Gegenstand der empirischen Politikfeldforschung

Sebastian Dumm und Claudia Ritzi

Der Begriff der Ökonomisierung wird in der zeitgenössischen Literatur nicht nur vielfältig gebraucht, sondern auch vor dem Hintergrund verschiedener theoretischer Paradigmen untersucht. So diskutiert beispielsweise Pierre Bourdieu (1998) Ökonomisierung als „Intrusion“: Die ökonomische Logik dringe zunehmend in andere Felder, vor allem in das politisch-staatliche Feld, ein und drohe deren interne Balance und schließlich ihre Autonomie zu zerstören. Die Fundamente moderner Gesellschaften würden somit im „neoliberalen Zeitalter“ neu bestimmt – und zwar zu Gunsten jener Akteure, die reich an ökonomischem Kapital sind. Auch Vertreter postmarxistischer Ansätze führen Ökonomisierungsprozesse auf neoliberale Hegemonie zurück und betrachten sie ebenso kritisch, wie es bei Bourdieu der Fall ist. Sie knüpfen in ihrer Kritik aber vor allem an die These der „Entpolitisierung“ an und nehmen meist eine diskurstheoretische Perspektive ein (vgl. Mouffe 2007; Rancière 2002, 2007; Wolin 2004). Einen weniger stark normativ imprägnierten Zugang sucht die systemtheoretische beziehungsweise differenzierungstheoretische Perspektive, die von Ökonomisierung als „einer weitergehenden Alleinstellung des Gewinnmotivs“ im ökonomischen Sektor und von einer „Aufwertung ökonomischer Handlungsprinzipien“ in nichtökonomischen Gesellschaftsbereichen spricht (Schimank und Volkmann 2008, S. 382). Über eine solche Analyseperspektive können Öko-

S. Dumm (✉) · C. Ritzi

Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr in Hamburg,
Hamburg, Deutschland

E-Mail: sebastian.dumm@hsu-hh.de

C. Ritzi

E-Mail: ritzi@hsu-hh.de

nomisierungsprozesse nicht nur makro-, sondern auch meso- und mikroanalytisch analysiert und so einer empirischen Prüfung zugänglich gemacht werden.

Schon die hier nur beispielhaft angedeutete Vielfalt der theoretischen Zugänge und analytischen Perspektiven deutet darauf hin, dass das Feld der empirischen Ökonomisierungsforschung sowohl in der Soziologie als auch in der Politik- und Verwaltungswissenschaft breit erforscht und von methodischer Pluralität geprägt ist – und ein Blick auf relevante Studien bestätigt diese Annahme. Es gibt nicht *die* Methode, mit deren Hilfe man *die* Ökonomisierung in Gänze erfassen könnte; es gilt vielmehr, in einzelnen Studien jeweils bestimmte Aspekte von Ökonomisierung durch den Einsatz bestimmter Methoden zu beleuchten.¹

Das Ziel des hier vorgelegten Beitrages ist es vor diesem Hintergrund, einen Überblick über besonders wichtige Forschungsgegenstände und -designs in der Politikfeld- beziehungsweise Policy-Forschung zu Ökonomisierungsprozessen zu gewinnen. Unsere Darstellung vollzieht sich dabei in drei Schritten: Zunächst wird aus Sicht der Ökonomisierungsforschung² ein kurzer Überblick über zentrale Inhalte und Methoden der Politikfeld-Forschung gegeben, wobei auch erörtert wird, weshalb die Untersuchung von Ökonomisierungsprozessen in diesem Kontext als ein besonders herausfordernder Forschungsgegenstand zu betrachten ist (Abschn. 1). Darauf aufbauend wird anhand beispielhafter Studien erläutert, welche Forschungsdesigns und Methoden in empirischen Studien zur Untersuchung von Ökonomisierungsprozessen eingesetzt werden und in wieweit diese einen Beitrag zur Beschreibung des Phänomenbereiches Ökonomisierung leisten können. Hierbei erweisen sich vor allem Ansätze und Methoden aus der Diskursforschung, qualitative Einzelfallanalysen und Befragungen als wichtig und ertragreich, wenngleich mit einer Reihe von guten Gründen für ihre Verwendung auch eine gewisse Zahl an Nachteilen einhergeht (Abschn. 2). Im dritten Abschnitt werden darauf auf-

¹ Ebenso wenig wie es Einigkeit über die methodische Herangehensweise gibt, konnte bis dato eine allgemein geteilte Definition von Ökonomisierung entwickelt werden. Diese Problematik spielt für die weiteren Überlegungen in diesem Aufsatz jedoch nur eine untergeordnete Rolle, da hier ein Überblick über Studien gegeben wird, ohne dass deren theoretische Qualität bewertet werden soll. Für eine theoretische Fundierung des Ökonomisierungsbegriffes vgl. den Beitrag von Lemke und Schaal in diesem Band.

² Zwar handelt es sich bei dem von uns so adressierten Forschungszusammenhang der Ökonomisierungsforschung nicht um ein ausgewiesenes und kanonisiertes Fach- oder Teilgebiet der Politikwissenschaft. Wir begreifen aber für diesen Artikel die Summe der Politikfeld- und Policy-Forschung zum Themenbereich der Ökonomisierungsprozesse als ein geschlossenes Feld, um es einer weiteren Betrachtung zugänglich zu machen. Mit der Beschreibung als Ökonomisierungsforschung ist unseres Erachtens der Forschungszusammenhang eindeutig beschrieben.

bauend Mehrmethodendesigns diskutiert. Auch hier gilt es, anhand bestehender Forschungsergebnisse die Vor- und Nachteile entsprechender Vorgehensweisen zu diskutieren. Im vierten und letzten Abschnitt wird ein Fazit gezogen, das zu dem Schluss kommt, dass die Ökonomisierungsforschung in der Politikfeldforschung zwar bereits ein etabliertes Forschungsfeld darstellt, durch methodische und theoretische Innovationen aber weiter gestärkt werden könnte.

1 Ökonomisierung als Gegenstand der Politikfeldforschung

Die Politikfeld- beziehungsweise Policy-Forschung ist jener Zweig in der Politikwissenschaft, der sich mit der Erforschung von Politikinhalten, ihrer Formulierung, Umsetzung und Wirkung sowie mit der Rolle des Staatsapparates, seinen formalen und informellen Strukturen, Prozessen und Funktionen beschäftigt (Jann 2009, S. 478; vgl. Schubert und Bandelow 2008, S. 3). Das Ziel dieser Forschungsrichtung ist es, im Kontext moderner Gesellschaften „das Zustandekommen einer öffentlichen Politik einschließlich deren Wirkungen zu erklären“ (Schneider und Janning 2006, S. 32). Im Mittelpunkt der meisten Studien zeitgenössischer Policy-Forschung stehen folglich auch nicht „normative Politikideale“, sondern die Entstehungsbedingungen von Politik, ihre Inhalte, Charakteristika und „Outcomes“ (Schneider und Janning 2006, S. 17). Aus dieser Perspektive heraus hat sich die Politikfeldforschung in den letzten Jahren immer wieder mit dem Phänomen der Ökonomisierung befasst, das im theoretischen Diskurs vor allem aus kritischer Perspektive diskutiert wird, in der Policy-Forschung aber vorwiegend neutral als das Ergebnis eines gewandelten staatlichen Selbstverständnisses und als Spiegel neuer politischer Zielsetzungen gewertet wird. Die Policy-Forschung analysiert die Prozesse und Auswirkungen der Ökonomisierung entsprechend in vielfältiger Weise (beispielsweise als Managementkonzept, in Abhängigkeit von institutionellen Arrangements, oder als ein *belief system*); sie tut dies jedoch stets vor dem Hintergrund ihres Selbstverständnisses als empirisch-analytische Wissenschaft, welche die faktische Relevanz von theoretisch postulierten Entwicklungen sowie virulente Veränderungen auf bestimmten Politikfeldern untersuchen möchte.

Die Wurzeln der Policy-Forschung liegen in der amerikanischen Politikwissenschaft. Seit den 1960er Jahren gewinnt sie jedoch auch in Deutschland, zunächst im Kontext der Verwaltungswissenschaft, zunehmend an Einfluss.³ Angesichts

³ Dabei kann die Etablierung der Politikfeldforschung in Deutschland nach Schubert und Bandelow (2008: 13 f.) in vier Phasen eingeteilt werden: Erst mit der vierten Phase in den

ihrer Ziele und Erkenntnisinteressen ist sie als Querschnittsdisziplin zwischen den für Deutschland traditionellen Bereichen des Politischen Systems, der Vergleichenden Regierungslehre sowie der Verwaltungswissenschaft zu verorten. Sie bedient sich bei der Beschreibung von Politik häufig der analytischen Trennung der Politik in die drei Dimensionen Polity (Institutionen, Ideen und Ideologien), Politics (Politischer Prozess) und Policy (politischer Inhalt), wobei der Fokus der politikfeldanalytischen Untersuchungen oft auf die inhaltliche Dimension gerichtet ist (Schneider und Janning 2006, S. 15).⁴

Grundsätzlich versucht die Politikfeldanalyse, alle relevanten Einflüsse im politischen Prozess zu berücksichtigen, was ihren Charakter als Querschnittsdisziplin verstärkt und eine Pluralität an theoretischen und methodischen Herangehensweisen bedingt. So hängt die Bestimmung der jeweiligen Untersuchungsgegenstände und Variablen nicht nur vom konkreten Erkenntnisinteresse, sondern auch maßgeblich von der theoretischen Perspektive der Forscher ab.

Die Erforschung von Ökonomisierungsprozessen stellt die Policy-Forschung vor eine besondere Herausforderung, da sich der Diskurs über Ökonomisierung zunächst im Kontext kritischer Ansätze und später als Beschreibung eines gesamtgesellschaftlichen Entwicklungsprozesses etablierte. Sowohl die Normativität als auch der gesellschaftstheoretische Anspruch der meisten theoretischen Arbeiten zur Ökonomisierung sind der Policy-Forschung eher fremd. Solche theoretischen Kontexte haben in der Regel „allenfalls eine indirekte Bedeutung [für die Politikfeldforschung], indem sie Elemente für analytische Rahmen bereitstellen“. Stattdessen arbeitet diese Forschungsrichtung in der Regel vorwiegend mit Theorien und Modellen geringer bis mittlerer Reichweite (Schubert und Bandelow 2008, S. 12).⁵ Wobei es der Policy-Forschung auch häufig gelungen ist, wichtige Impulse für

1990er Jahren gehe die Etablierung der Politikfeldforschung als einer „Normalwissenschaft“ in der deutschen Politikwissenschaft einher (vgl. zur Geschichte der Policy-Forschung: Schneider/Janning 2006; Jann/Wegrich 2009; Schubert 2003 und Prätorius 2004).

⁴ Somit ist in der Analyse der Politikfeldforschung der Inhalt politischer Maßnahmen häufig die abhängige Variable, während die Struktur- und Akteurskonstellationen als unabhängige Erklärungsvariablen herangezogen werden (vgl. Blum und Schubert 2009, S. 32; Schneider und Janning 2006, S. 17). Dieser Befund kann aber für die Analyse von Ökonomisierungsprozessen und deren Auswirkungen auf das Politikfeld so nicht allgemein bestätigt werden. Siehe dazu weiterführend Abschn. 2.2.

⁵ Daraus resultiert, wie Schneider und Janning (2006, S. 69) konstatieren, ein gewisses Defizit dieser Forschungsrichtung, das möglicherweise erklärt, weshalb die Zahl der Studien zur Ökonomisierung im Bereich der Politikfeldforschung bislang noch hinter der demokratietheoretischen Relevanz des Themas zurückbleibt.

andere politikwissenschaftliche Teildisziplinen zu geben (vgl. Jann 2009, S. 495).⁶ Der vergleichsweise geringe Abstraktionsgrad der in der Politikfeldforschung verwendeten theoretischen Ansätze ermöglicht die systematische empirische Prüfung konkreter Modelle, aktueller und praktischer Fragestellungen (vgl. Blum und Schubert 2009, S. 35; Schubert und Bandelow 2008, S. 11; Jann 2009, S. 495), er erschwert jedoch den Umgang mit gesellschaftlichen und normativen Zeitdiagnosen wie beispielsweise mit der These von der Ökonomisierung beziehungsweise neoliberalen Hegemonie.⁷ Obwohl die im Kontext des Ökonomisierungsdiskurses artikulierten Entwicklungen also in enger Beziehung zu den Erkenntnisinteressen der Politikfeldforschung stehen, ist die Ökonomisierungsforschung auch als ein außergewöhnlicher Gegenstand in diesem Forschungszweig zu betrachten. Politikfeldanalytische Studien zur Ökonomisierung erfordern deshalb eine exakte theoretische Spezifikation des Untersuchungsgegenstandes und eine hohe Sensibilität für die Dynamik, welche mit gesellschaftlichen Wandlungsprozessen einhergeht. Im Folgenden wird angesichts dieser besonderen Herausforderungen versucht, eine strukturierte Übersicht über Forschungsdesigns und Methoden zu geben, die auf dem Feld der empirischen Ökonomisierungsforschung eine wichtige Rolle spielen.

2 Ökonomisierung in der Politikfeldforschung – ein Überblick

Ein zentraler Gegenstand der Policy-Forschung ist – auch jenseits des Ökonomisierungsdiskurses – die Frage nach der effektiven Bearbeitung gesellschaftlicher Probleme und den dafür notwendigen organisatorischen Voraussetzungen (Jann 2009, S. 482). Auch wenn Effektivität hier nicht engführend nur anhand

⁶ Als Beispiele können hierbei u. a. das *Multiple Stream Framework* von John W. Kingdon (1995), das *Advocacy Coalition Framework* von Paul A. Sabatier (1988) oder der akteurszentrierte Institutionalismus von Renate Mayntz und Fritz W. Scharpf (1995) genannt werden.

⁷ Es existieren verschiedene Auffassungen von Ökonomisierung und Ökonomisierungsprozessen, wie sie schon zu Beginn der Einleitung überblicksartig aus theoretischer Perspektive beleuchtet worden sind. Für eine nähere Auseinandersetzung mit der theoretischen und analytischen Dimension des Ökonomisierungsbegriffes verweisen wir auf den Artikel von Lemke und Schaal in diesem Band. Die im Folgenden herangezogenen Studien der Ökonomisierungsforschung rekurrieren auf unterschiedlichen theoretischen Ebenen und werden deshalb vor allem in Bezug auf ihr jeweiliges Forschungsdesign hin untersucht.

ökonomischer Ziel- und Kenngrößen bewertet wird (z. B. indem Kosten-Nutzen-Relationen ermittelt werden), spielen diese doch eine wichtige Rolle innerhalb der Policy-Forschung. Die Notwendigkeit formaler Verfahren und hierarchischer Organisationsformen wird dabei nicht in Frage gestellt, die Policy-Forschung will Institutionen und Organisationen jedoch dazu in die Lage versetzen, umfassende politische Programme so kompetent und zielführend wie möglich zu planen, zu koordinieren und politisch durchzusetzen.

Während die Analysen der frühen Policy-Forschung vor diesem Hintergrund vor allem Strukturen und Prozesse und schließlich auch Institutionen analysiert haben, hat sich der Fokus am Ende des 20. Jahrhunderts geweitet. Heute stellen auch Ideen und Argumente zentrale Gegenstände dieser Forschungsrichtung dar, da festgestellt wurde, dass auch Handlungsorientierungen, Situationsdeutungen, Wissensformen und Werthaltungen in der Policy-Forschung „nicht einfach vorausgesetzt werden können, sondern als kausale Faktoren im Policy-Prozess selbst eine wichtige Rolle spielen und daher selbst analysiert und erklärt werden müssen“ (Jann 2009, S. 489). Entsprechend gilt es also auch mit Blick auf die Ökonomisierungsforschung, den Fokus zu weiten und die ideellen Grundlagen von Ökonomisierungsprozessen sowie ihre Auswirkungen und gesellschaftlichen Folgen in die Untersuchungen einzubeziehen (vgl. Fischer 2003).

Diesem „weiten“ Verständnis der Policy-Forschung folgt der vorliegende Beitrag. Er fasst in einem ersten Schritt Studien zusammen, welche die Ökonomisierung gesellschaftlicher Zielsetzungen und Leitwerte untersuchen. Hierzu zählen auf der einen Seite Untersuchungen, die auf Veränderungen der Rahmenbedingungen politischen Handelns setzen und andererseits Studien, die Charakteristika politischer Entscheidungsfindung unter dem Einfluss von Ökonomisierungsprozessen analysieren und diskutieren (siehe Abschn. 2.1).

In einer zweiten Ähnlichkeitsgruppe (siehe Abschn. 2.2) fassen wir Forschungsansätze zusammen, die Veränderungen von Strukturen, Prozessen, institutionellen Arrangements und Akteurskonstellation erfassen – die also die „klassischen“ Gegenstände der Policy-Forschung untersuchen. Hierbei wird unter anderem gefragt, ob sich im Prozess der Ökonomisierung neue Regime bilden oder wirtschaftliche Akteure an Einfluss auf die politische Entscheidungsfindung gewinnen.

In einem dritten „Cluster“ präsentieren wir schließlich Untersuchungen, die sich mit den Folgen von Ökonomisierungsprozessen auf der Mikroebene befassen – sowohl mit Blick auf Einstellungsmuster als auch auf andere Indikatoren, die durch politische Entscheidungsfindung beeinflusst werden (siehe Abschn. 2.3).

Diese Vorgehensweise mag insofern etwas unorthodox erscheinen, als die einzelnen Gruppen zum Teil Studien zusammenfassen, die durchaus unterschiedliche theoretische Grundlagen aufweisen und gemäß ihres Selbstverständnisses verschiedenen „Schulen“ der Policy-Forschung entstammen. Sie ermöglicht es aber, das

komplexe und mehrdimensionale Phänomen der Ökonomisierung im Ganzen abzubilden, klar zu gliedern und methodische Gemeinsamkeiten aufzuzeigen, die die Untersuchung variierender Gegenstände prägen.

Im Vorfeld der Darstellungen der drei Themen- und Methodengruppen sollte über diese Vorbemerkungen hinaus noch konstatiert werden, dass Studien zur Ökonomisierung, bedingt durch die prozessuale Dimension des Gegenstandes, häufig vergleichend angelegt sind. Vergleiche können in der Politikfeldforschung entweder synchron, im Sinne einer Querschnittsanalyse oder diachron als Längsschnittanalysen⁸ eines bestimmten Politikfeldes angelegt sein (Scheider und Janning 2006, S. 46; Behrens 2003, S. 210). Häufiger als Querschnittsvergleiche finden sich innerhalb der Ökonomisierungsforschung Längsschnittstudien, die nicht mit dem Problem der bedingten Vergleichbarkeit verschiedener Gegenstände konfrontiert sind.

Außerdem spielen (meist qualitative) Einzelfallanalysen eine wichtige Rolle in der Policy-Forschung – und dies ist auch mit Blick auf Studien zur Ökonomisierung der Fall. In solchen Studien können einzelne Gegenstände und konkrete Fragen umfassend erforscht werden. Qualitative Zugänge zur Politikfeldforschung sind also vor allem dann sinnvoll, wenn ein diagnostizierter Wandel, z. B. hervorgerufen durch eine Veränderung der rechtlichen Lage oder die Durchführung einer Reformmaßnahme, empirisch geprüft werden soll (vgl. Blum und Schubert 2011, S. 50).

2.1 Die Ökonomisierung gesellschaftlicher Ziele und Leitwerte

Ein grundlegender Policy-Wandel, dies ist in der Demokratietheorie schon beinahe ein Allgemeinplatz, kann in demokratischen Kontexten nur erfolgreich vonstattengehen, wenn er Legitimität für sich beanspruchen kann, also wenn er auf der Ebene seiner Leitideen von den Bürgern akzeptiert und idealerweise auch wertgeschätzt wird (vgl. Fischer 2003, Kap. 1 und 4; Ritzi 2013). Ökonomisierung kann vor diesem Hintergrund als das Ergebnis von Deutungskämpfen um gesellschaftliche Ziele und Leitwerte betrachtet werden, an deren Ende sich Argumente und Positionen

⁸ Wie bereits angedeutet wurde, sind die Methoden der te Institutionalismus hubert und Bandelow (2008) nicht losgelöst von den Methoden der empirischen Sozialforschung zu denken, eine eigenständige Methodendiskussion in der Policy-Forschung lässt sich laut Behrens (2003, S. 203 f.) nicht ausmachen. Für einen Überblick über die Methoden der empirischen Politikwissenschaft siehe Behnke et al. (2010) und Lauth et al. (2009). Zu Vor- und Nachteilen von Querschnitt- und Längsschnitterhebungen in der empirischen Sozialforschung siehe u. a. Diekmann (2003, S. 266–289).

durchsetzen, die im Einklang mit ökonomischen Handlungsprinzipien stehen und die von früheren Rationalitäten abweichen.⁹

Studien, die solche Prozesse untersuchen, nutzen häufig diskursanalytische Methoden, da anhand der Analyse politischer Diskurse Deutungskämpfe, auch über mehrere Jahre hinweg, nachgewiesen werden können.¹⁰ Ein Politikfeld lässt sich dabei im Sinne eines Diskursfeldes interpretieren, in dem bestimmte Wissenssysteme und Ideologien reproduziert werden (vgl. Schneider und Janning 2006, S. 69). Als Diskurs ist nach Keller (2004, S. 64) eine „Gesamtheit von Aussageereignissen, die im Hinblick auf institutionell stabilisierte gemeinsame Strukturmuster, Praktiken, Regeln und Ressourcen der Bedeutungserzeugung“ aufzufassen. Diskurse können sowohl qualitativ als auch quantitativ analysiert werden – wobei im Feld der Policy-Forschung qualitative Methoden dominieren (Kritzinger und Michalowitz 2009, S. 246).

Ein anschauliches Beispiel für eine qualitative diskursanalytische Studie in der Policy-Forschung haben Heinz Rothgang und Maike Preuss (2008) mit einer Analyse der Ökonomisierung von Sozialpolitik vorgelegt. Sie analysieren darin, u. a. anhand von ministerialen und wissenschaftlichen Stellungnahmen und Gutachten, sowohl Veränderungen der Begründungsmuster in der Familien- und Gesundheitspolitik als auch Prozesse der Umdeutung von Zielsetzungen von Maßnahmen, die ursprünglich einem anderen Zweck gedient hatten. Die beiden Autoren kommen zu dem Schluss, dass sich die Begründungsmuster im Diskurs um die Legitimation von Sozialstaatlichkeit „weg von verteilungspolitischen hin zu effizienz- und wachstumstheoretischen Argumenten“ (2008, S. 33) verschoben haben.

Darüber hinaus bieten sich Leitbilder als Gegenstände zur Beobachtung der Veränderung von Legitimationsprozessen an. In Leitbildern wird, sozusagen *in a nutshell*, die Formulierung zentraler Zielsetzungen und Begründungen politischer Handlungen vorgelegt, weshalb die Annahme plausibel erscheint, dass sie auch

⁹ Nach Hajer (2008, S. 212) subsumieren sich unter dem Ansatz der Diskursanalyse Methoden, die argumentative Strukturen in Texten oder Aussagen zu einem bestimmten Themengebiet untersuchen und strukturieren. Aussagen und Sprache sind damit mehr als bloßes Medium, durch ihre Beschreibung formen sie unser Verständnis der sozialen Realität.

¹⁰ Der Erfolg bestimmter Positionen in diesen Deutungskämpfen kann auch mit Hilfe anderer Methoden, z. B. der Umfrageforschung, bestimmt werden. Diese werden hier jedoch nicht näher untersucht, sondern im Rahmen des dritten Clusters diskutiert, auch wenn den Autoren bewusst ist, dass die Trennung zwischen „Ursache“ und „Konsequenzen“ der Ökonomisierung eine primär analytische Differenzierung ist. In der Empirie verlaufen diese Entwicklungen häufig parallel und verstärken sich gegenseitig (vgl. die entsprechenden Ausführungen im Fazit dieses Beitrags).

Ökonomisierungsprozesse spiegeln müssen.¹¹ Sebastian Klinke (2008) hat in einer Analyse der Leitbilder im Gesundheitswesen untersucht, wie sich der ordnungspolitische Rahmen auf diesem Politikfeld im Zuge der Reformen seit 1977 entwickelt hat. Bemerkenswert an seiner Zusammenschau von annähernd 25 Jahren gesundheitspolitischer Reformgesetzgebung ist der Nachweis einer „große[n] Koalition der Gesundheitsexperten der im Bundestag vertretenen Parteien“ (2008, S. 101) – wechselnde Regierungskoalitionen haben, wie Klinke zeigen kann, also keine Brüche in der Politikausrichtung bewirkt.

Eine Berücksichtigung nicht nur historischer Entwicklungen, sondern auch intertextueller und interdiskursiver Einflüsse findet sich in Ruth Wodaks (2009) Diskursanalyse der Ökonomisierung der Universitäten. Mit Hilfe einer Kritischen Diskursanalyse analysiert sie zentrale Dokumente der europäischen Hochschulpolitik, darunter beispielsweise die Bologna-Deklaration der EU, und ihre Überführung in nationale Gesetzgebungen. Sie stellt fest, dass „der Einfluss der Wirtschaft überall präsent“ ist (2009, S. 331). Generell ist zu konstatieren, dass Ökonomisierungsprozesse auf kaum einem anderen Politikfeld so umfassend untersucht worden sind wie im Bereich der Bildungspolitik.¹²

Der Vorteile diskursanalytischer Studien liegen in der häufig guten Quellenlage, der geringen Reaktivität des Materials und der guten Reproduzierbarkeit der Analysen. Darüber hinaus stehen sie in enger Anbindung zu theoretischen Ansätzen der Ökonomisierungsforschung, die diskursive Prozesse als die zentrale Basis ökonomischer Macht ansehen. So methodisch versiert und inhaltlich aufschlussreich die Diskursanalysen im Einzelnen jedoch auch sein mögen, bleibt jedoch anzumerken, dass mit Hilfe manueller Codierungen qualitativer und auch quantitativer Art nur eng begrenzte Diskurse oder einzelne Diskurseinheiten analysiert werden können. Daraus resultiert ein Mangel an umfassenden, insbesondere an politikfeldübergreifenden Studien. Begreift man Ökonomisierung als einen Prozess der Hegemonialwerdung bestimmter Deutungsmuster, so müsste sich dieser auch jenseits spezialisierter Diskurskontexte, z. B. in der Berichterstattung der Massenmedien, nachweisen lassen. Eine vielversprechende neue Methode, um Ökonomisierungsprozesse umfassend nachzuweisen, stellt das sogenannte *Text-mining* dar. Wie Wiedemann, Lemke und Niekler (2013) anhand erster Beispiele nachweisen, können mit Hilfe computergestützter Analysen heute Diskursanalysen durchgeführt werden, die den Fokus auf subtile Veränderungen über lange Zeiträume hinweg legen und dazu große Textkorpora analysieren. Auf diesem

¹¹ Vgl. hierzu auch den Beitrag von Ritzi/Kaufmann in diesem Band.

¹² Vgl. beispielsweise auch die Beiträge von Hans Graßl und Ariane Neumann in diesem Band.

Weg könnte (maßgeblich im Rahmen des quantitativen Paradigmas) sich ein neuer Zugriff auf die Ökonomisierung gesellschaftlicher Ziele und Leitwerte ergeben, der nicht zuletzt für die Policy-Forschung ertragreich sein und die Bedeutung diskursanalytischer Methoden in diesem Forschungszweig weiter stärken könnte.

2.2 Ökonomisierung aus Akteurs- und Institutionsperspektive

Die in diesem Abschnitt diskutierten Studien nehmen Veränderungen von Akteuren, Institutionen und Policys durch Ökonomisierungsprozesse in den Blick. Sie wollen nicht die Existenz von Ökonomisierungsprozessen belegen, sondern ihre Relevanz im Prozess der Policy-Formulierung. Entsprechend analysieren die in diesem Cluster zusammengefassten Studien, meist auf einzelnen Politikfeldern, Kommunikations- und Kooperationsprozesse zwischen verschiedenen Akteursgruppen, Veränderungen von Institutionen und Strukturen, sowie die Inhalte konkreter Policys.¹³ Dieses Erkenntnisinteresse verlangt ein genaues Studium einzelner Fälle, weshalb diese Gruppe von Studien durch die häufige Verwendung dichter Beschreibungen gekennzeichnet ist.

Die meist mit Hilfe qualitative Verfahren umgesetzte deskriptive Vorgehensweise greift dabei auf theoretische Erklärungsmodelle der Politikfeldanalyse zurück und überprüft anhand von Einzelfallanalysen oder mittels vergleichender Studien die Folgen der Ökonomisierung.¹⁴ Entsprechende Studien sind gut geeignet, eine große Tiefenschärfe in der Analyse und Beschreibung der Vorgänge in einem Politikfeld zu liefern und fördern somit das tiefere Verständnis der Materie (vgl. Blum und Schubert 2009, S. 177 f.). Eine Generalisierbarkeit der Ergebnisse über das

¹³ Wie oben erwähnt, wird in der Policy-Forschung im Allgemeinen die Policy als abhängige Variable des Politikfeldes beschrieben. Wenn es aber um Studien zur Ökonomisierung von Politikfeldern geht, ist dies nicht in allen Fällen so. Denn in diesem Forschungscluster wird oft die Veränderung des Politikfeldes selbst in den Blickpunkt der Beobachtung genommen und nur peripher auf die daraus folgenden Veränderungen in den Policys eingegangen. Dabei wird die Veränderung der oben beschriebenen Leitwerte auf die Auswirkung der Akteure und Institutionen im Politikfeld analysiert.

¹⁴ Für die Politikfeldforschung lassen sich v. a. drei Vergleichsebenen unterscheiden: Es können verschiedene Politikfelder verglichen werden, Vergleiche innerhalb eines Politikfeldes angestellt werden (vgl. Behrens 2003) und auch Politikfelder im internationalen Vergleich gesehen werden, womit nicht zuletzt der Einfluss internationaler Strukturen im Politikfeld untersucht werden (vgl. Schneider und Janning 2006, S. 44). Bei der Auswahl der zu vergleichenden Fälle folgt die Politikfeldforschung dem Konkordanzprinzip (sogenanntes *most similar systems design*) oder dem Differenzprinzip (sogenanntes *most different systems design*, vgl. Behrens 2003, S. 213).

Die Ökonomisierung der Politik in Deutschland

Eine vergleichende Politikfeldanalyse

Schaal, G.S.; Lemke, M.; Ritzi, C. (Hrsg.)

2014, XVI, 270 S. 5 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-02619-6